

Matthias Knuth / Erich Latniak / Dieter Rehfeld

Zur Diskussion gemeinsamer Themen und Positionen im IAT

Ergebnisse der Arbeitsgruppe
„Beschäftigung durch Innovation“

1. Einleitung

Der Impuls für die Arbeit an dem hier vorgelegten Diskussionspapier stammt aus dem Beirat des IAT, der die Frage nach den für das Institut charakteristischen gemeinsamen Positionen aufwarf. Die Diskussion um die Beantwortung dieser Frage, die von der Arbeitsgruppe „Beschäftigung durch Innovation“ aufgenommen wurde, entwickelte sehr schnell eine Eigendynamik. Die Frage nach den Positionen wurde sehr bald zur Frage nach den Forschungsperspektiven des Instituts und es wurde deutlich, dass eine an konkreten Perspektiven orientierte Diskussion wesentlich fruchtbarer, aber auch aufwendiger ist als eine Einigung auf generelle und damit oft auch sehr allgemeine Positionen.

Von daher stellt das hier vorgelegte Papier eher eine Zwischenbilanz einer noch intensiv weiter zu führenden Diskussion als ein abschließendes Statement dar. Dieser Charakter des Papiers wird auch daran deutlich, dass die Einzelpapiere zwar Resultat eines gemeinsamen Diskussionsprozesses sind, aber in ihrer individuellen Autorenschaft belassen wurden, um einen Zwang zum Formelkompromiss zu vermeiden.

Das Ziel dieses Papiers besteht darin, als Diskussionsgrundlage ein Nachdenken um die künftigen Orientierungen und Forschungsschwerpunkte anzustoßen. Wenn die einzelnen Beiträge in ihrer Diktion und Herangehensweise unterschiedlich sind, dann spiegeln sich hierin auch die disziplinäre Breite und die spezifischen Vermittlungszusammenhän-

ge zwischen Forschung, Entwicklung und Erprobung innerhalb des Instituts wider.

Die Breite und Differenziertheit, die sich keineswegs auf unterschiedliche Philosophien innerhalb der einzelnen Abteilungen reduzieren lassen, erscheint uns dann sinnvoll, wenn sie als Arbeitskontext verstanden wird, aus dem sich die Möglichkeit einer jeweils spezifischen und differenzierten Bearbeitung der wissenschaftlichen, konzeptionellen und praxisorientierten Projekte ergibt. Von praktischen Erfahrungen ausgehende, empirisch fundierte Grundlagenforschung, forschungsbasierte Beratung und praktische Erprobung als experimentelle Forschung bilden die Kernelemente des IAT-Vorgehens. Gerade in der kontinuierlichen Rückkopplung zwischen diesen Ebenen liegt die Besonderheit des IAT im Vergleich mit Hochschulforschung und kommerzieller Beratung.

Die zentrale Bedeutung der systematischen Verbindung von Forschung und Praxis ergibt sich auch daraus, dass der Strukturwandel als zentraler Forschungsgegenstand des IAT eine anhaltend hohe Dynamik aufweist. Das Ende standardisierter – oder im Rückblick als vergangener Standard erscheinender – Strukturen lässt sich nicht nur für die Industrie (was in Stichworten wie „Ende der Arbeitsteilung“ oder „Ende der Massenproduktion“ an klingt), sondern auch für Gesellschaft und Politik beobachten. Im Zuge dieses Strukturwandels wird deutlich, dass die überkommenen Formen der Organisation von Arbeit, Gesellschaft und Politik angesichts veränderter Rahmenbedingungen immer weniger geeignet erscheinen, ihre Zwecke zu erreichen. Sie sind teilweise von Erosion bedroht; teilweise setzen sie die Menschen einer zunehmenden Spannung zwischen widerstreitenden Anforderungen verschiedener sozialer Subsysteme aus, in denen sich diese gleichzeitig bewegen müssen; teilweise hemmen sie unmittelbar zukunftsichernde und beschäftigungswirksame Innovationen. Bei diesen Veränderungen handelt es sich nicht lediglich um Übergangserscheinungen, sondern es kommt zu weitreichenden Ausdifferenzierungen von z.B. Lebensstilen, Arbeitsverhältnissen, regionalen und sektoralen Strukturen, Politikstrukturen etc., deren Integration grundlegend andere Mechanismen als die bisherigen erfordern.

Spiegel dieser Veränderungen ist das beschleunigte Aufkommen immer neuer Schlagworte, die einzelne Aspekte der Veränderung zum Ausdruck bringen. Beispiele hierfür sind Produktionsketten und Netzwerke, Globalisierung und Regionalisierung, post-industrielle, Dienstleistungs-, Risikogesellschaft, wissensbasierte Produktion und Wissensgesellschaft, alternde Gesellschaft.

Die Aufgabe des IAT kann es weder sein, sich am terminologischen Innovationswettstreit zu beteiligen, noch der ungeordneten Vielfalt der Begriffsbildungen umfassende Weltdeutungen entgegenzusetzen. Wir sehen unsere Chance vielmehr darin, bezogen auf konkrete Handlungsfelder, Akteure und Probleme den empirischen Gehalt ebenso wie die theoretischen und politischen Implikationen derartiger Reflexe der Veränderung auszuloten, um zu ihrem besseren Verständnis und zur praktischen Orientierung in den Veränderungsprozessen beizutragen. Indem wir uns auf den Wandel und auf Experimente einlassen, akzeptieren wir Unsicherheit und das Risiko des Scheiterns. Letzteres trägt durch kontinuierliche Reflexion seiner Bedingungen ebenso zur Weiterentwicklung von Handlungskonzepten bei wie der Erfolg.

Der Beiträge einer Reihe von AutorInnen aus verschiedenen Bereichen des Instituts hat gemeinsame Grundorientierungen deutlich werden lassen, die sich in unterschiedlicher Form durch die einzelnen Aufsätze ziehen und die auch die Zusammenstellung der einzelnen Papiere strukturieren.

Zunächst werden unter den Stichworten „Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensgesellschaft“ und „Informatisierung der Gesellschaft“ grundlegende Rahmenbedingungen des Strukturwandels thematisiert. Daran anschließend werden die mit diesem Strukturwandel zusammenhängenden Veränderungen in den politisch-räumlichen Strukturen unter den Stichworten „Globalisierung“ und „Europa“ angesprochen. Gemeinsam ist diesen ersten fünf Beiträgen, dass es nicht einfach um schnellere Anpassung, mehr Innovation oder größere Wissensbestände geht, sondern darum, Kernbereiche des gesellschaftlichen Zusammenhangs grundlegend

anders zu strukturieren. Entsprechend wird in allen diesen Beiträgen nach „*neuen Organisationsformen*“ gesucht. Dieses kann heute nicht in einem hierarchisch-zentralistischen und Uniformität sowohl voraus- als auch durchsetzenden Zugriff geschehen. Die Vorstellung von *Aktivierung, Selbstorganisation und Vernetzung* spielt daher eine große Rolle, wobei die Suche nach verlässlichen Rahmenbedingungen jedoch weiterhin wichtig bleibt.

In einem weiteren Themenblock wird auf die sich aus dem Strukturwandel ergebenden institutionellen und sozialen Gestaltungserfordernisse in für das Institut zentralen Handlungsfeldern eingegangen. Dies erfolgt unter den Stichworten „Alternde Gesellschaft“, „Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Pluralisierung“, „Jenseits der Erwerbsarbeit“ und „Flexibilität in sozialer Sicherheit“, abschließend geht es unter dem Stichwort „Nationalstaat und neue Politikformen“ um die hierfür notwendigen neuen Orientierungen bei der politischen Steuerung.

Die „*Entwicklung von Humanressourcen*“ bildet hierbei den expliziten Bezugspunkt. Dies beinhaltet auch eine spezifische Orientierung an einem Wandel durch Innovation, wobei im Mittelpunkt unseres Interesses Innovationsstrategien stehen, die nicht allein auf Kostensenkung ausgerichtet sind, sondern die auf die Entwicklung und Erschließung von Märkten zielen („*High-Road*“- Orientierung). Dieses Verständnis betont gleichermaßen eine starke Kundenorientierung und eine Entwicklung der Beschäftigtenkompetenzen als Erfolgsvoraussetzungen.

Gegenüber zeitgenössischen Versuchen, aus der Not der Unterbeschäftigung eine Tugend der Nichterwerbsarbeit zu machen, halten wir daran fest, dass sich ein „Institut Arbeit und Technik“ in erster Linie mit der *Gestaltung der Erwerbsarbeit* befassen soll – und zwar nicht deshalb, weil eine Form der Arbeit wichtiger oder wertvoller wäre als die andere, sondern deshalb, weil Erwerbsarbeit die gesellschaftliche und gesellschaftlich gestaltbare Form der Arbeit darstellt. Da Nichterwerbsarbeit in einer Marktgesellschaft in der Regel die individuelle Existenz nicht

sichern kann, liegt in der Verteilung der Erwerbsarbeit der Schlüssel der gesellschaftlichen Teilhabe.

2. Dienstleistungsgesellschaft (Dieter Rehfeld)

Die Dienstleistungsgesellschaft galt lange Zeit, gilt vielfach noch heute, als der kommende beschäftigungspolitische Hoffnungsträger. Von daher dreht sich ein großer Teil der strukturpolitischen Diskussion um die Frage, ob bzw. wie der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft forciert werden kann. Heute besteht vielfach auch die Hoffnung darin, sich mit der Ausweitung des Dienstleistungssektors ein Stück weit einem Globalisierungsdruck entziehen zu können, wobei Dienstleistungsarbeit noch weit verbreitet als gering qualifizierte und entlohnte Arbeit angesehen wird.

Heute können wir allerdings feststellen, dass Produktion und Dienstleistungen sich immer weniger als unabhängige Sektoren erkennen lassen. Sie wachsen vielmehr hinsichtlich der Markt- und Produktionsbedingungen zunehmend zusammen, und in der Konsequenz gleichen sich auch Produktionskonzepte und Arbeitsbedingungen an. Neue Dienstleistungskonzepte wie Facility Management, komplexe Logistikarchitekturen, Informations- und Kommunikationsdienste oder Seniorenwirtschaft basieren zunehmend auf der Verbindung zwischen einer spezifischen Hardware, der notwendigen Software und entsprechenden Organisationskonzepten. Gleichzeitig werden industrielle Produkte immer häufiger mit produktbegleitenden Dienstleistungen wie Wartung, Teleservice, Finanzierungsvermittlung oder Entsorgung angereichert und verändern damit grundlegend ihren Charakter.

Wissensbasierung, Vernetzung, Kundenorientierung und zunehmend auch Dematerialisierung werden zu gemeinsamen Schlüsselkonzepten für die Entstehung neuer Märkte und Wertschöpfungsketten, die mit traditionellen Kategorien wie Dienstleistung oder Produktion über kurz oder lang nicht mehr angemessen erfasst werden können. Diese Feststel-

lung ist deshalb nicht trivial, weil sich zeigt, dass neue Branchen und Märkte oft deshalb nicht oder nur sehr langsam entstehen, weil die Orientierungen in Form von etablierten Unternehmenskulturen, sektoralen Institutionen oder disziplinären Verengungen das Entstehen neuer Wertschöpfungsketten erheblich erschweren und damit einen zentralen Aspekt der Innovationsschwäche in Deutschland bilden.

Im Mittelpunkt der Arbeiten am IAT steht daher die Frage nach dem Entstehen bzw. der Entwicklung (wie auch nach den Hemmnissen) solcher veränderten, integrierten Märkte und Produktionsketten, die produzierende und dienstleistende Funktionen in Form von Systemangeboten miteinander verbinden. Damit steht der Wandel der sektoralen Wirtschaftsstruktur, die tiefgreifende Veränderung bestehender bzw. das Entstehen neuer Produktionsketten im Mittelpunkt des Interesses.

Die Gestaltung einer Leitnachfrage für eine strategische Bündelung unterschiedlicher Kompetenzen zu qualitätsorientierten Marktstrategien, die dafür notwendigen Voraussetzungen zwischen- und überbetrieblicher Zusammenarbeit und die Standards und Konventionen zur Stabilisierung und Expansion der neuen Wertschöpfungsketten werden als zentrale Elemente eines grundlegenden strukturellen Wandels angesehen.

3. Wissensgesellschaft (Peter Brödner)

Derzeit ist viel vom Eintritt in die Informations- oder gar die Wissensgesellschaft die Rede. Dabei werden Information und Wissen oft einander gleichgesetzt und in den Rang des „wichtigsten Produktionsfaktors“ erhoben. Wer über möglichst viel Information und Wissen verfüge, so ist allenthalben zu lesen, der könne im internationalen Wettbewerb gut bestehen. Daher gelte es vor allem, das viele Wissen der Mitarbeiter, das „Gold in den Köpfen“, zu gewinnen und aufzubereiten sowie das im Internet verteilte „Wissen der Welt“ anzuzapfen und verfügbar zu machen. Und schließlich komme dementsprechend der Informationstechnik (IT)

eine Schlüsselfunktion als „Haupttriebkraft der Veränderung“, gewissermaßen als technologische Basis der Informations- oder Wissensgesellschaft, zu. Kurzum: Forcierte Investition in IT und intensive Sammlung von Wissen erscheinen so als die wesentlichen Erfolgsfaktoren im Wettbewerb des 21. Jahrhunderts.

Diese – zugegeben: karikaturistisch überspitzte – Sicht der Dinge übersieht freilich eine Reihe von Kernproblemen, denen sich das IAT stellen will. Wissen ist für sich genommen wirkungslos. Damit es überhaupt praktisch wirksam wird, muss es durch menschliche Handlungskompetenz erst angeeignet und situationsbezogen angewendet werden. Als abstraktes Handlungsvermögen ermöglicht es zwar einsichtsvolles Handeln, bedarf aber des Könnens in der Anwendung. Dabei erweitert die Aneignung und Anwendung des Wissens ihrerseits die Handlungskompetenz, deren Reflexion wiederum neues explizites Wissen zu generieren vermag.

Diese grundlegende Unterscheidung von explizitem theoretischem Wissen und implizitem praktischen Können ist wesentlich. Vorgängig ist das als individuell oder kollektiv verkörperte Handlungskompetenz stets verfügbare Können, das sich nur aufgrund besonderer Anstrengungen der Reflexion und Begriffsbildung und stets nur partiell in explizites Wissen verwandeln (und sprachlich, technisch oder organisatorisch vergegenständlichen) lässt. Dessen gleichfalls höchst aufwendige Aneignung ermöglicht dann neues Handeln und bildet erweiterte Handlungskompetenz, erhöhtes Können. Diese individuellen und kollektiven Transformationsprozesse bestimmen die Dynamik von Innovation und Lernen. So bleibt der Umgang mit Wissen an menschliche Handlungskompetenz gebunden: Je gehaltvoller das Wissen und je komplexer seine technischen Verkörperungen geworden sind, desto größer sind die Unsicherheiten und Risiken und desto höher sind die Anforderungen an das Können in der Anwendung.

Diese Zusammenhänge werden mit der Bezeichnung Informationsgesellschaft völlig unzureichend benannt. Information ist – im Unterschied zu Wissen als abstraktem Handlungsvermögen – nichts anderes als jeder (in einem Handlungskontext) bedeutungsvolle Unterschied, der als solcher noch nicht einsichtsvolles Handeln anzuleiten vermag.

Wissensteilung bezeichnet dabei jenen gesellschaftlichen Interaktionsprozess, durch den Wissen effektiv generiert und genutzt wird. Er umfasst beides: die Aufteilung von Wissen durch Spezialisierung bei dessen Genese und die aufgabenbezogene Verknüpfung und Aneignung von Wissen durch Teilhabe bei dessen Anwendung. Die Organisation und Güte dieser Interaktionsprozesse bestimmen über die Innovationsfähigkeit eines sozialen Systems.

Der wertschöpfende Umgang mit Wissen in der Wissensteilung folgt anderen Regeln als bei Produktion und Tausch von Gütern und Leistungen in der Arbeitsteilung. Wissen und Können erweitern sich durch Gebrauch, während Waren verschleißen. Waren wechseln den Besitzer im Tausch, während sich Wissen und Können durch Teilhabe verbreiten. Daher auch die gesteigerte Bedeutung von Kooperation. So gewinnen in der Wissensgesellschaft andere und neue Institutionen an Bedeutung als in der arbeitsteiligen Industriegesellschaft. Wohlstand und Beschäftigung hängen mehr von der Fähigkeit zu Innovation und kollektivem Lernen ab als vom Besitz und produktiven Gebrauch von Kapital und materiellen Ressourcen.

Im Zentrum der Erkenntnisinteressen des IAT stehen dementsprechend die effektive Organisation von Interaktionsprozessen der Wissensteilung im Unternehmen und in der Region, insbesondere die Kodifizierung, Speicherung und Verwendung expliziten Wissens in einer IT-gestützten Wissensinfrastruktur, die Schaffung „innovativer Räume“ und die Förderung lebenslangen Lernens.

4. Informatisierung der Gesellschaft (Ileana Hamburg)

Informationstechnik (IT) ist „Giga in“, so heißt das neudeutsche Lob rasanter technischer Entwicklungen. Tatsächlich ermöglichen neue Informationstechniken qualitative Verbesserungen traditioneller Arbeitsformen und sogar neue Anwendungen, die unser Leben verändern können: Menschen, die in der Telearbeit von höherer Zeitautonomie und besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf profitieren, Kunden, die über Call Centers Experten kontaktieren können, ohne an einen bestimmten Ort gebunden zu sein, Nutzer, die über das Intra- oder Internet orts- und zeitunabhängig Lerninhalte holen und auch auf verteilte Lerninhalte zugreifen können.

Mit Hilfe von Telekommunikationsmedien können Organisationen produkt- oder branchenbezogene Kooperationen eingehen (z.B. virtuelle Unternehmen), um auf die Anforderungen dynamischer Märkte zu reagieren. Häufig bleiben aber die mit dem Einsatz neuer IT erhofften positiven Wirkungen und Verbesserungen von Arbeits- und Qualifizierungsprozessen hinter den Erwartungen zurück. Je vielfältiger die Funktionen der IT-Systeme, je komplexer ihre Strukturen gestaltet sind und je verzweigter sie die organisatorischen Strukturen und Abläufe durchdringen, desto deutlicher treten diese Probleme heutzutage auf.

Eine wesentliche Ursache der dargelegten Produktivitätsprobleme ist ein fehlgeleitetes Verständnis der Entwicklung und der Einführung technischer Mittel in die Prozesse des Arbeitens und Lernens sowie der Rolle menschlicher Handlungskompetenz in der Wissens- und Informationsgesellschaft (siehe „Wissensgesellschaft“):

- Um ein effizientes Arbeiten und Lernen in der informatisierten Gesellschaft zu erzielen, sind – neben der Entwicklung neuer Technologien – Veränderungen von Arbeitsprozessen und Organisationsstrukturen durchzuführen. IT können nur im Rahmen integrierter Organisations- und Personalentwicklung optimal entwickelt und eingesetzt werden.

- Die Bedienung neuer IT zur Unterstützung der Arbeit und Kommunikation muss vom Anwender gelernt werden, weil ein großes Optimierungspotenzial in der Souveränität mit dem Umgang mit IT liegt, um konzentriert an der Lösung der gestellten Aufgaben zu arbeiten.
- Es werden Mitarbeiter gefragt, die motiviert und bereit sind, relevante Informationen zu identifizieren, Wissen zweckorientiert in Handlungen umzuwandeln, zielgruppengerecht weiterzuverarbeiten und somit einen Beitrag zur Organisationsentwicklung zu leisten. Dies verlangt von Unternehmen, Organisationen und Bildungsträgern neue Bemühungen zur betrieblichen Qualifizierung, um innovative Lernverfahren anzuwenden. Telelernen gehört zu den neuen Lehr-Lern-Formen, auf die sich große Hoffnungen richten.

Eine andere Voraussetzung zur schnellen Umsetzung und zum Erfolg von neuen IT-basierten Formen der Arbeit und des Lernens ist die Überwindung von Informationsdefiziten und noch bestehenden mentalen Sperren bei den potentiellen Anwendern auf der einen Seite und von Furcht vor Macht- und Kontrollverlusten bei den Managern, die zögern, neue IT einzuführen, auf der anderen Seite.

- In seiner Forschungsarbeit sucht das IAT nach weiteren Gründen für den unproduktiven Umgang mit der IT in Unternehmen und versucht dann, Konsequenzen für die nachhaltige Verbesserung der Lage ziehen zu können.
- Zudem arbeitet das IAT an der Entwicklung neuer Arbeits- und Qualifizierungsmodelle (z.B. durch die Verzahnung von Telearbeit und Telelernen) mit flexibler Zeiteinteilung und besseren Integrationsmöglichkeiten.

5. Globalisierung (Dieter Rehfeld)

Wenn von Globalisierung die Rede ist, dann wird noch immer oft von einem „Turbokapitalismus“ gesprochen. Heimatlose Unternehmen vagabundieren über den Globus auf der Suche nach den kostengünstigsten Standorten, zwingen die Nationalstaaten zu einer Abwärtsspirale bei sozialen Standards, unterhöhlen demokratische Strukturen, nivellieren mit ihren Produkten nationale und regionale Kulturen in Richtung auf eine weltweite „MacDonald“- oder „Madonna“-Kultur und bewirken die „Pulverisierung“ traditioneller Wirtschaftsstandorte.

Dieses Bild wird wesentlich von den seit Anfang der 70er Jahre sich zügellos entwickelnden globalen Finanzmärkten geprägt. Das Bild vom „Casino-Kapitalismus“ symbolisiert einen von den produktiven Entwicklungen abgekoppelten globalen Finanzmarkt, dessen spekulative Folgen, – wie die Spirale der Südostasienkrise verdeutlicht hat – jeden zu jeder Zeit treffen können, unabhängig von realer wirtschaftlicher Kompetenz und Leistungskraft.

So real die Gefahren auch sein mögen, so dringend eine weltweite Regulierung der globalen Finanzmärkte auf der Tagesordnung steht, die gängigen Bilder lenken ab von den realen Veränderungen, die sich durch eine Neudefinition der Aufgabenverteilung zwischen öffentlichem und privaten Sektor und die dadurch veränderten wirtschaftlichen Räume ergeben. Wenn Globalisierung die Konsequenz weltweit praktizierter Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung ist, dann handelt es sich bei Globalisierung zunächst einmal um das Resultat politischer Entscheidungen – sie enthält daher auch die Möglichkeit politischer Gestaltung.

Die strategischen und organisatorischen Herausforderungen an Unternehmen, die diese politisch veränderten wirtschaftlichen Räume nutzen, bilden einen Schwerpunkt der Arbeiten am IAT. Global agierende Unternehmen stehen vor der zentralen Herausforderung, die einzelnen Standorte einerseits in einen innovativen Unternehmenszusammenhang

einzubinden, andererseits die einzelnen Standorte regional zu verankern, um die jeweils vorhandenen innovativen Potenziale zu nutzen und den spezifischen, entgegen der gängigen Annahme anhaltend differenzierten Marktbedingungen gerecht zu werden.

Die Bedeutung der Einbindung in regionale Standorte ergibt sich daraus, dass vor dem Hintergrund weltweiter Konkurrenz und Diffusion von Organisations- und Marktkonzepten die Innovationsfähigkeit wesentlich stärker an Bedeutung gewinnt. Um diese Anforderung zu bewältigen, sind Kompetenzen notwendig, die kein Unternehmen allein aufweisen kann, sondern die – wesentlich von implizitem Wissen abhängig – durch eine Bündelung der Kompetenzen und einen direkten Austausch vor Ort am besten zur Geltung kommen. Für Regionen als Standorte stellt sich somit die Herausforderung, sich mit ihren Kompetenzen in einer Weise weltweit zu profilieren, die nicht ohne Weiteres zu imitieren oder zu transferieren ist und damit einen festen „Knoten“ im Rahmen weltweiter Netzwerke bilden kann. Wie dies erfolgen kann, bildet einen weiteren Arbeitsschwerpunkt am IAT.

Mit der Profilierung und Spezialisierung von Regionen wird sich langfristig die Raumstruktur weltweit verändern. An die Stelle hierarchischer Raumstrukturen treten vernetzte, fließende Raumstrukturen. Netze und Knoten prägen die künftige Raumstruktur, nicht Orte unterschiedlicher Zentralität. Damit verändern sich sowohl die Mechanismen von Macht und Abhängigkeit, wie auch die Anforderungen an politische Konzepte und Strategien. Auch eine Politik, die – wie in einem weiteren Arbeitsschwerpunkt im IAT untersucht – darauf abzielt, den Veränderungen einen neuen regulativen Rahmen zu geben, ohne die innovativen Impulse zu verhindern, wird sich zunehmend netzwerkartig orientieren müssen und immer weniger an die traditionellen Instrumente und Akteure des Nationalstaates gebunden sein.

6. Europäische Integration/Erweiterung – Integration durch Wissen und Kooperation (Wolfgang Potratz/ Brigitta Widmaier)

EU-Europa kann sich einer Erweiterung durch die mittel- und osteuropäischen Länder (MOE) nicht entziehen. Der politische Wille zu einer schnellen Integration steht dabei in Widerspruch zu sozio-ökonomischen Entwicklungen (vorwiegend in MOE) und notwendigen institutionell-organisatorischen Veränderungen (vorwiegend in EU-Europa), die damit möglicherweise nicht Schritt halten werden. Die öffentliche Diskussion darüber wird von stark defensiven Akzenten bestimmt. Aus Furcht vor Wohlfahrtsverlusten werden immer wieder Bedenken in den Mittelpunkt gestellt, dass die Erweiterung viel zu hohe Kosten erfordert, dass Arbeitsplätze verloren gehen, weil Investitionen nun in die MOE fließen; andererseits könnten im Fall eines Beitritts billige Arbeitskräfte den hiesigen Arbeitsmarkt überschwemmen, und schließlich würden die Kostenvorteile der Standorte in MOE eine allgemeine Erosion sozial- und umweltpolitischer Standards hier zur Folge haben.

Die meisten Prognosen dieser Art haben sich über die letzten Jahre hinweg als nicht haltbar erwiesen; das hat die wirtschaftswissenschaftliche Forschung hinreichend belegt. Die Kontroverse um die EU-Osterweiterung beleuchtet deshalb auch eher angestaute Politik- und Strukturprobleme der EU, deren Lösung bislang immer wieder verschoben worden ist. Was man dennoch schärfer als früher im Auge behalten muss ist, dass eine europäische Erweiterung nur dann erfolgreich sein kann, wenn die MOE-Länder Wachstum – und damit längerfristig auch Wohlfahrt für ihre Bürger – realisieren können. Das setzt die Analyse von Prozessen und Interaktionszusammenhängen voraus, die über statistische Kennzahlen hinausgehen. Hier setzen unsere Forschungsfragen an. Wir gehen davon aus, dass der Beitritt an sich nur wenig zum notwendigen Wachstum beitragen wird. Tatsächlich laufen parallel zum institutionalisierten Integrationsprozess zahlreiche andere Prozesse ab, die den sozio-ökonomischen Wandel in MOE vorantreiben: Handel, Direktinvestitionen, Kooperationen und Netzwerke auf unterschiedlichen Ebenen schaf-

fen formale und informelle Voraussetzungen für eine Integration. Diese Prozesse und die darin liegenden Chancen zu untersuchen ist der Beitrag des Instituts zu einer notwendigen offensiven Wendung der Debatte um die EU-Erweiterung. Dazu einige Thesen:

1. Die europäische Integration (im Sinne von Konvergenz der sozio-ökonomischen Bedingungen) wird nur dann vorankommen, wenn die in den MOE vorhandenen Potenziale sich so entwickeln, dass sie ein eigenes Profil gewinnen und eine eigene Dynamik entfalten können.
2. Die Unterstützung der Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse durch die schon jetzt bereitgestellten Mittel aus den Strukturfonds der EU darf nicht den Blick darauf verstellen, dass diese auch innovationspolitisch genutzt werden müssen. Eine positive Wechselwirkung von Integration und Transformation kann nur dann entstehen, wenn es den MOE gelingt, nationale politische Strategien mit den Anforderungen zu koordinieren, die durch die Vorbereitung auf den Beitritt entstehen.
3. Die Erweiterungsbedingungen können nicht nur in einer einseitigen „Bringschuld“ der Beitrittskandidaten gesehen werden. Sie schließen auch die Umsetzung institutionell-organisatorischer Voraussetzungen von Seiten der EU und entsprechende Vorbereitungen auf nationaler und regionaler Ebene ein.
4. Die Rückwirkungen auf die EU insgesamt wie auch auf das Industrieland NRW im einzelnen hängen davon ab, wie offensiv die Chancen einer erweiterten Arbeitsteilung gesucht und genutzt werden. Ein „Selbstfinanzierungseffekt“ wird nur dann eintreten, wenn die Produzenten in MOE in die Arbeitsteilung und die Wertschöpfungsketten EU-Europas integriert werden. Hier liegt das eigentliche Kriterium der „Beitrittsreife“.

Aus unserer Sicht gewinnt dabei eine Strategie der „Integration durch Wissen“ eine zentrale Bedeutung. Wie aus den Arbeiten des Instituts in den vergangenen Jahren deutlich geworden ist, bildet die Fähigkeit, neu-

es Wissen zu produzieren, nachzufragen, weiterzuentwickeln und in Innovationen umzusetzen, die Basis anpassungsfähiger Wirtschaftsstrukturen. Diese Fähigkeit ist in der Zeit nach 1989 aus einer Reihe von Gründen in den MOE-Ländern stark gesunken. Aus unserer Sicht stehen deshalb Forschungsfragen im Mittelpunkt, die darauf hinzielen, wie eine neue Wissensinfrastruktur und ihre Verknüpfung mit den vorhandenen wirtschaftlichen Potenzialen in MOE entsteht und wie sie in EU-europäische Strukturen integriert werden kann. In vergleichender Perspektive wird in diesem Zusammenhang gefragt:

- welche institutionellen und organisatorischen Prozesse beeinflussen die Innovationsfähigkeit von Unternehmen?
- welchen Beitrag leisten Handel und Direktinvestitionen zum Wissensaustausch?
- wie tragen Kooperation und Netzwerke zwischen Regionen, Unternehmen oder öffentlichen Institutionen dazu bei, dass neue Innovationssysteme entstehen?

7. Alternde Gesellschaft (Lothar Beyer/Matthias Knuth)

Ein anerkannter Gemeinplatz lautet, „dass die Gesellschaft immer älter wird.“ Abgesehen von immer häufiger notwendigen Anpassungskorrekturen am Rentensystem schlägt sich diese Erkenntnis in der Gestaltung von Arbeit und Beschäftigung nicht nieder. Im Gegenteil: Je knapper Jugend wird, um so stärker wird sie idealisiert.

Der demographische Wandel hat vier für die Zukunft des Beschäftigungssystems und der Sozialen Sicherung relevante Folgen:

1. Die zunehmende *Langlebigkeit* führt zu einer wachsenden „Alterslast“ der staatlich organisierten Transfersysteme und zu einem zunehmenden Gewicht vorsorge-orientierter Anlagen in den Finanzsystemen.

2. Die Phase des „*Ruhestandes*“ verlängert sich, und es wird immer wichtiger, diese Phase als eine eigenständige Lebensphase sinnvoll zu gestalten. Zugleich differenzieren sich die Bedürfnis- und Lebenslagen, denen dabei Rechnung zu tragen ist: zwischen „jungen Alten“ und „alten Alten“, auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Lebensstilen.
3. Die *Abnahme der Reproduktionsrate* führt zusammen mit zunehmender Lebenserwartung zu einer Verschiebung der Altersstruktur nicht nur der Bevölkerung insgesamt, sondern auch der Bevölkerung im „offiziellen“ Erwerbsalter zwischen Schulpflicht und Regelaltersgrenze. Es gibt weniger Berufsanfänger, und das Erwerbspersonenpotenzial altert. Das heißt aber nicht automatisch, dass sich die Altersstruktur der tatsächlich Beschäftigten in gleichem Maße verändert. Denn:
4. Die Betriebe haben sich bisher durch *Ausgliederung von Älteren* schon weit vor der Regelaltersgrenze vom demographischen Wandel partiell abkoppeln können. Die Alterslast der Transfersysteme wird nicht allein vom Altersaufbau der Bevölkerung bestimmt, sondern ganz wesentlich vom konkreten Verlauf der Grenze zwischen ihrem erwerbsaktiven und ihrem erwerbsinaktiven Teil und von der Besetzung der Altersjahrgänge in diesem Grenzbereich.

Dadurch wird das *faktische Austrittsalter aus Beschäftigung* zur umkämpften, weil im Gegensatz zu Lebenserwartung und Reproduktionsverhalten politisch beeinflussbaren Stellgröße. Der derzeit vorherrschende Trend geht dahin, die Arbeitskräfte im jüngeren und mittleren Alter sowohl intensiver (Arbeitsverdichtung) als auch extensiver (Überstunden) einzusetzen, um sie dann erschöpft in immer früherem Alter in einen immer längeren Ruhestand zu entlassen. Während Ausbildungszeiten und -kosten zunehmen, nimmt die Nutzungszeit dieses wachsenden „Humankapitals“ ab. Die Fortsetzung dieses Beschäftigungsmusters gefährdet schon derzeit die sozialen Sicherungssysteme und wird zukünftig an Grenzen des Arbeitskräftepotenzials stoßen.

Im Streit um die Verteilung von Arbeit setzt das IAT demgegenüber auf eine Extensivierung der Erwerbsarbeit über den Lebensverlauf bei weiterer Verkürzung der Arbeitszeit *während* dieses verlängerten Erwerbslebens: Verkürzung der Wochen- oder Jahresarbeitszeiten sowie institutionelle Sicherung von reproduktiven Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit durch Familien-, Bildungs- und Orientierungszeiten. Im Kontext einer innovationsbasierten Beschäftigungsstrategie ergeben sich aus dieser Position mehrere Gestaltungsaufgaben:

- Da der „Vorruhestand“ den Betrieben nicht allein zur Verjüngung, sondern vor allem zur konfliktarmen Reduzierung ihrer Belegschaften dient, muss für diesen Puffer des Strukturwandels ein funktionales Äquivalent entwickelt und gesellschaftlich akzeptiert werden. Die Förderung der Altersarbeit ist daher verknüpft mit der Entwicklung wirksamerer Mechanismen zur Unterstützung der Mobilität von Arbeitskräften als Alternative zu ihrer vorzeitigen Ausgliederung aus dem Erwerbsleben (vgl. „Flexibilität in sozialer Sicherheit“).
- Für Betriebe mit personellem Zusatzbedarf muss die Einstellung Älterer attraktiv bzw. die Attraktivität einer solchen Personalpolitik bekannt gemacht werden. Ein Betrieb mit altersausgewogener Personalstruktur wird langfristig bei der Generierung, Aneignung und Diffusion von Wissen erfolgreicher sein als ein anfänglich „junger“ Betrieb, der sich nach der Expansionsphase für Neuzugänge schließt und kollektiv altert. Die effektive Kommunikation und Kooperation zwischen den Generationen einschließlich der Führung von Älteren durch Jüngere ist eine zentrale betriebliche Gestaltungsaufgabe.
- Das „lebenslange Lernen“, insbesondere auch in Bezug auf Grundwissen und Methoden, muss erst noch vom Himmel der Parolen in die Realität eines verlängerten Arbeitslebens heruntergeholt werden. Die berufsbegleitende Weiterbildung, die ein langes Arbeitsleben ermöglicht, muss bereits nach dem Berufseintritt beginnen. Die reaktiven, engpassorientierten Weiterbildungsstrategien der Betriebe müssen ergänzt und verstetigt werden durch öffentliche Angebote, die eine berufswegeorientierte Weiterbildung ermöglichen.

- Die zunehmenden und sich differenzierenden Bedarfe älterer Menschen sind als Chance für mehr Beschäftigung zu begreifen. „Alte Menschen machen Arbeit“. In dem Maße, wie Transfer oder Vorsorge gelingen und Altersarmut vermieden werden kann, führt dies zur Herausbildung einer wachsenden zahlungsfähigen Konsumenten-Gruppe und damit von Bedarfen und Märkten, die nach neu gestalteten Dienstleistungsangeboten verlangen. Dies gilt für personen- und haushaltsbezogene Dienste und darüber hinaus für gebündelte Angebote einer „Seniorenwirtschaft“, die durch Kooperationen über bestehende Branchengrenzen hinweg entsteht.

8. Stabilität und Wandel geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Pluralisierung und Flexibilisierung der Beschäftigungsformen (Alexandra Wagner)

In der beschäftigungspolitischen Debatte ist häufig unhinterfragt von der „Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses“ die Rede. Begründet wird dies mit der empirisch beobachtbaren Pluralisierung von Beschäftigungsformen und der Differenzierung von Erwerbsverläufen. Daran anknüpfend werden Thesen vertreten wie die von der abnehmenden Rolle der Erwerbsarbeit und von der Überlebtheit der an das Normalarbeitsverhältnis gebundenen Formen der Regulierung, und es werden Forderungen aufgestellt, Teilzeitarbeit zu fördern und Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit (Haus-, Erziehungs-, Bürgerarbeit) aufzuwerten. Auch in der Debatte über einen neu zu schaffenden Sektor niedrig entlohnter Arbeit werden Argumente aus dieser Debatte genutzt, indem das Normalarbeitsverhältnis als ein Beschäftigungsverhältnis „de luxe“ bezeichnet und als an das industrielle Zeitalter gebunden charakterisiert wird, während in einer Dienstleistungsgesellschaft aufgrund niedrigerer Produktivität der Dienstleistungstätigkeiten und höherer Anforderungen an Flexibilität und Kundenorientierung die traditionellen Standards nicht mehr anwendbar seien.

Das Normalarbeitsverhältnis ist historisch veränderlich. Es beinhaltet dem jeweiligen Stand gesellschaftlicher Entwicklung entsprechende soziale Schutzrechte. Unter den derzeitigen Bedingungen soll eine eigenständige Existenzsicherung durch eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitätigkeit möglich sein, während dies für Teilzeitarbeit nicht vorausgesetzt wird. Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis erfolgen derzeit überwiegend in Form von sozialversicherungspflichtiger und – freier Teilzeitarbeit, während flexible Formen der Arbeitszeit (Jahresarbeitszeiten, Gleitzeit etc.) für sich genommen kein Indikator für Abweichungen vom Normalarbeitsverhältnis sind. Die statistisch ausweisbare Zunahme von (überwiegend durch Frauen geleistete) Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung geht bisher nachweislich nicht bzw. kaum zu Lasten der Vollzeitätigkeit (der Männer). Neue Beschäftigungsformen ersetzen (noch) nicht die bisher dominierende Vollzeitarbeit im Normalarbeitsverhältnis, sondern treten zu dieser hinzu. Aus diesem Grund vertreten wir nicht die These von der „Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses“.

Der Fakt, dass der Arbeitsmarkteintritt der Frauen häufig über Teilzeitarbeit erfolgt sowie die Tatsache, dass in geringfügiger Beschäftigung überwiegend Frauen tätig sind, ist Folge einer bestimmten Ausgestaltung des bundesdeutschen Steuer- und Sozialsystems. Dieses fördert immer noch eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Männern die Rolle des Familienernährers und den Frauen die unentgeltlich zu leistende Familien- und Hausarbeit zuweist. Entsprechende Anreize – das Ehegattensplitting, die kostenfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung, abgeleitete sozialversicherungsrechtliche Ansprüche (Hinterbliebenenrente) – stützen traditionelle und diskriminieren andere, von diesem Modell abweichende, Lebensformen. Hinzu kommt, dass die Möglichkeiten der außerhäuslichen Kinderbetreuung quantitativ ungenügend und in der Regel an bestimmte Zeiten (Vormittag) gebunden sind. Damit ist die Verfügbarkeit der für die Kindererziehung zuständigen Personen auf dem Arbeitsmarkt eingeschränkt mit der Folge, dass Mütter überwiegend nur vormittags teilzeitbeschäftigt sein können. In der Konsequenz führt dies zur modernisierten bread-winner-

family, in der Frauen zwar erwerbstätig sind, allerdings durch eine teilzeitige Beschäftigung nur einen „Zuverdienst“ erwirtschaften. Unterschiede in bezug auf die Frauenerwerbstätigkeit im internationalen Vergleich lassen sich in hohem Maße durch die Verfasstheit des Steuer- und Sozialsystems und die Möglichkeiten zur Kinderbetreuung erklären.

Das Erwerbsverhalten hat Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt: Wenn Teile des Arbeitsangebots („zuverdienende“ EhepartnerInnen) ihre Existenz nicht allein aus dem eigenen Erwerbseinkommen sichern müssen und zudem über abgeleitete Sozialversicherungsansprüche verfügen und andere (z.B. Studenten, die jobben, um ihr Studium zu finanzieren) keine Familie (Partner/in und Kinder) „ernähren“ müssen, sind Beschäftigungsverhältnisse jenseits des Normalarbeitsverhältnisses zunehmend akzeptiert und werden immer häufiger angeboten. Dies hat dazu geführt, dass in sogenannten „Frauenbranchen“ schon ein Vollzeitverhältnis kaum noch existenzsichernd ist. Betriebe nutzen die Möglichkeiten numerischer Flexibilität (Kombination von Teilzeit) häufig deshalb, weil temporale Flexibilität (Flexibilisierung des Personaleinsatzes und der Arbeitszeiten) mit mehr planerischem Aufwand und einer Veränderung der Arbeitsorganisation verbunden ist. Es besteht die Gefahr, dass die von einem Teil der Beschäftigten akzeptierten (und für anderweitig abgesicherte Personen durchaus auch akzeptablen) prekären Beschäftigungsverhältnisse als Argument für die Abschaffung des erreichten Niveaus sozialer Sicherung genutzt werden. Eine Verallgemeinerung solcher Beschäftigungsformen wäre jedoch mit erheblichen sozialen Risiken verbunden.

Unter den gegebenen Bedingungen führen wachsende Erwerbs- und Karrierewünsche von Frauen einerseits und Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie andererseits zu Problemen, die nicht selten nur durch Mehrfachbelastungen der Familien oder gar durch den Verzicht auf Kinder gelöst werden können. Flexible Arbeitszeiten und die damit mögliche Koordinierung der Betreuungszeiten der Eltern können die Probleme mildern. Sie sind deshalb schon unter gegenwärtigen Bedingungen eine eigenständige Anforderung an eine moderne be-

triebliche Arbeitszeitorganisation. Wie eine solche Übereinstimmung von betrieblichen und individuellen Interessen erreicht und umgesetzt werden kann, ist eine der im IAT bearbeiteten Forschungsfragen.

Das von uns präferierte Leitbild – die gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen – erfordert eine Veränderung des Erwerbs- und Sozialsystems in Richtung auf eine neue Norm, durch die im Unterschied zum bisher geltenden männlich dominierten Normalarbeitsverhältnis eine gleichberechtigte Teilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Frauen und Männern gefördert würde. Dies ist nicht gleichbedeutend mit Konformität, da individuell gewünschte Abweichungen von der Norm – in Form von reduzierten Arbeitszeiten, Sabbaticals etc. – möglich und sozial regulierbar sind.

9. „Jenseits der Erwerbsarbeit“ (Lothar Beyer)

Viele reden heute vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“, von der heranbrechenden, mal mehr mal weniger rosig ausgemalten Zukunft „jenseits der Erwerbsarbeit“. Die Diskussion ist weithin in zwei Lager gespalten: Das Credo der einen sind die gewachsenen Werte und Institutionen der Industriekultur; die anderen wiederum glauben lieber an das „Jenseits“ der (regulären) Erwerbsarbeit. Demgegenüber scheint es vor allem notwendig, empirisch genauer hinzusehen. Es zeigt sich dann schnell, dass auf mehreren Ebenen grundlegende Differenzierungen erforderlich sind:

Welche Formen und welche Mengen von Arbeit gibt es denn eigentlich „jenseits“, und wie entwickeln sie sich? Diese sind äußerst vielfältig; selbst eine Aufzählung im Schnelldurchgang müsste zumindest die Stichworte Eigenarbeit, Schwarzarbeit, Ehrenamt, neue Netzwerke nennen und unterscheiden. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Arbeitsformen sind fließend und im Zeitverlauf wie übrigens auch international variabel. Es gibt weder „die“ Erwerbsarbeit noch „die“ Nicht-Erwerbsarbeit.

Welchen Problemlösungsbeitrag leisten „andere“ Formen der Arbeit auf der Seite der *Produzenten*? Welchen Beitrag können und müssen sie für die *Konsumenten* (bzw. für gesellschaftliche Bedarfsfelder) leisten? Dies sind zwei völlig unterschiedliche Fragen, wenn sie auch in der öffentlichen Debatte oft miteinander vermengt werden:

- Die *erste Frage* wird etwa mit einigen aktuell diskutierten Vorschlägen angesprochen, in denen die Hoffnung zum Ausdruck kommt, Arbeitslose durch „Bürgerarbeit“ für die mit der Erwerbsarbeit verlorenen materiellen wie immateriellen Gratifikationen zu entschädigen. Empirisch zeigt sich jedoch, dass diese Hoffnung auf schwachen Füßen steht: Typische Ehrenamtler sind gerade nicht die, die eine Kompensation eigentlich nötig hätten, sondern es sind Bewohner der sonigeren Bezirke unserer Gesellschaft. Solange keine Strategie erfunden ist, um diese soziale Selektivität auf den Kopf zu stellen, würde „mehr ehrenamtliches Engagement“ vorhandene Segregationstendenzen eher noch erhöhen.
- Ganz anders liegt der Fall bei der *zweiten Frage*. Hier finden sich (natürlich muss man wiederum sektoral differenzieren) Bereiche, in denen unbezahlte Arbeit einen ganz wesentlichem, teils unverzichtbaren Beitrag zur Bedarfsdeckung leistet. Der wohl wichtigste dieser Bereiche ist die häusliche Pflege von Angehörigen durch Angehörige, deren Gesamtvolumen auf das Äquivalent von mehr als 320.000 Vollzeitarbeitsplätzen geschätzt wird. Hier ist also (im Gegensatz zur ersten Frage) der Problemlösungsbeitrag unbezahlter Arbeit weder illusionär noch hypothetisch – allerdings nimmt er wegen der steigenden Anforderungen an die Qualität der Pflege und wegen des Wandels von Altersaufbau und familialen Strukturen relativ, wenn nicht absolut, immer weiter ab.

Das IAT befasst sich, dies ist sein Auftrag, zunächst und in erster Linie mit dem Strukturwandel im erwerbswirtschaftlichen Bereich. Die Entwicklungen im Bereich des „Jenseits“ sind damit jedoch in vielfacher Weise verflochten, und deshalb werden sie auch in der theoretischen und praktischen Arbeit des IAT keineswegs ausgeblendet. Es sind, entspre-

chend der Unterschiedlichkeit der zugrundeliegenden Trends und Probleme, drei ganz unterschiedliche Strategien, die dabei verfolgt werden:

- Anknüpfungspunkt sind erstens Arbeitsformen, die hinsichtlich ihrer Sozialverträglichkeit aus verschiedenen Gründen nicht wünschenswert erscheinen (Schwarzarbeit, bad jobs in der Schattenwirtschaft, Eigenarbeit mit belastendem Charakter oder selbstausbeuterischem Umfang). Diese können durch die Schaffung geeigneter Organisationsformen und Dienstleistungsangebote in professionelle Arbeit *umgewandelt* bzw. durch diese *substituiert* werden. Beispiele dafür sind etwa die Dienstleistungspools und andere Ansätze im Bereich der haushaltsbezogenen Dienstleistungen.
- Zweitens gibt es Bereiche, wie das bereits angesprochene Problemfeld der häuslichen Pflege, in denen Nichterwerbsarbeit eine bedeutende und (trotz teilweise großer Qualitätsprobleme) nicht völlig negativ zu bewertende Rolle spielt – aber langsam und unausweichlich von Erosionsprozessen bedroht ist. Was dabei wegfällt, muss durch professionelle Angebote *kompensiert*, und es kann im günstigen Fall zugleich auch qualitativ *verbessert* angeboten werden.
- Drittens, und dies stellt eines der interessantesten Tätigkeitsfelder dar, finden sich Strukturen der alten und neuen Ehrenamtlichkeit – von Patientenselbsthilfegruppen bis hin zu den (möglicherweise auch als innovative Schwarzarbeit klassifizierbaren) Tauschringen – die Leistungen ganz eigener Art erbringen, welche durch professionelle Angebote kaum ersetzt werden könnten oder sollten. Es handelt sich auch um Strukturen, die keiner unvermeidlichen Erosion ausgesetzt sind, die eher wachsen als schrumpfen und sich teils sehr kreativ weiterentwickeln. Oft sind hier aber Probleme und Defizite vorhanden, die auf „funktionalem Dilettantismus“, fehlender Information oder unzureichender Vernetzung beruhen. Hier lässt sich mit professioneller Hilfe die Arbeit der ehrenamtlichen Strukturen *unterstützen* und *ergänzen* – wie beispielsweise Konzepte von „Selbsthilfe-Servern“ dies anstreben.

Kurz zusammengefasst: Die vielfältigen Bereiche der Nichterwerbsarbeit spielen eine wirtschaftlich wie sozial wichtige Rolle – aber sie sind in keiner Weise ein Ersatz für Erwerbsarbeit. Sie zeigen auch nicht das Ende der Arbeitsgesellschaft an, sondern sie markieren sogar neue Aufgabenfelder für professionelle Arbeit.

10. Flexibilität in sozialer Sicherheit (Matthias Knuth)

In der beschäftigungspolitischen Rhetorik ist es mittlerweile ein Gemeinplatz, dass es nicht nur mit der „lebenslangen Beschäftigung“ in demselben Betrieb, sondern ebenso mit dem „Lebensberuf“ vorbei sei. Deshalb sei nicht nur „lebenslanges Lernen“, sondern sogar „lebenslanges Umlernen“ gefordert, um die „Beschäftigungsfähigkeit“ zu erhalten. Die Arbeitsmärkte seien als „Übergangsmärkte“ zu gestalten (institutionalistische Variante) bzw. durch Deregulierung überhaupt erst wieder als Märkte in Funktion zu bringen (neoliberale Variante).

Während die Vorstellung zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit und wachsender Mobilitätswänge inzwischen auch das allgemeine Bewusstsein durchdringt, ist in der Statistik von einem Trend zum „Hochgeschwindigkeitsarbeitsmarkt“ wenig zu finden. Selbst in den Stammländern des „Turbokapitalismus“, in den USA und Großbritannien, debattieren die Arbeitsökonominnen, ob die verfügbaren Daten eine allenfalls leichte Abnahme der Beständigkeit von Beschäftigungsverhältnissen indizieren oder ob es gar keine Veränderung gegeben hat. In Westdeutschland dagegen haben wir in der vergangenen Dekade gerade infolge des negativen Beschäftigungstrends eine Abnahme der zwischenbetrieblichen Mobilität und der Berufswechsel festzustellen, die durch aktuelle Tendenzen zur Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften noch nicht wieder kompensiert worden ist.

Wiederum entgegen diesen empirischen Befunden sind die Argumente, die für die Notwendigkeit einer stärkeren zwischenbetrieblichen Mobilität der Arbeitskräfte mit teilweise Berufswechsel sprechen, durchaus plausibel:

- Wenn die Diskurse über Verkürzung der Innovationszyklen, permanente Restrukturierung, Zwänge der Globalisierung und Service-Orientierung Realitätsgehalt besitzen, müssten auch die Arbeitskräfte von häufigeren Veränderungen betroffen sein.
- Personelle „Verschlankung“, Verringerung der Fertigungstiefe, Fraktalisierung und Virtualisierung von Unternehmen führen zu geringeren Betriebsgrößen und reduzieren dadurch die Freiheitsgrade der betriebsinternen Umsetzung von Arbeitskräften, weshalb deren Reallokation häufiger über den externen Arbeitsmarkt erfolgen müsste.
- Empirisch wird diese Annahme dadurch gestützt, dass das Entstehen und Vergehen von Arbeitsplätzen ebenso wie die Fluktuation der Arbeitskräfte mit der Betriebsgröße negativ korreliert ist. Das Gewicht der Großbetriebe im Beschäftigungssystem nimmt ab, die wachsenden „neuen Dienstleistungen“ weisen überdurchschnittliche Fluktuationsraten auf.
- Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen trägt unter den gegebenen Rahmenbedingungen zusätzliche Elemente der Unbeständigkeit in das Erwerbssystem hinein (vgl. „Stabilität und Wandel geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung“).

Daraus ergeben sich die folgenden Forschungsperspektiven

1. Zwar nehmen die Flexibilitätserfordernisse der Unternehmen zu, aber gerade deshalb auch ihr Bedarf an Loyalität und Eigeninitiative der Beschäftigten. Die Alternative zur „lebenslangen Beschäftigung“ heißt weder empirisch noch perspektivisch „Heuern und Feuern“. Die Unternehmen versuchen das Spannungsverhältnis von einerseits extern-numerischer und andererseits intern-qualitativer Flexibilität der Unternehmen – bzw. auf Seiten der Arbeitskräfte: Mobilität und Polyvalenz – unter konkreten Bedingungen zu optimieren. Die Ver-

änderungen der Arrangements von Unternehmens-, Betriebs- und Arbeitsorganisation, Arbeitskräfteeinsatz, Qualifizierung und der Strukturierung und Regulierung von Arbeitsmärkten in Wechselwirkung mit den Erwerbs- und Lebensverläufen der Individuen sind sorgfältig zu beobachten.

2. In der skizzierten Veränderung der Arrangements besteht die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung: Während die Beschäftigungsverhältnisse eines Teils der Beschäftigten möglicherweise sogar beständiger werden, könnten sie für einen anderen Teil unbeständiger geworden sein. Eine derartige Polarisierung, die sich auch bei den Einkommen und Bildungschancen niederschlagen würde, wäre für die Diffusion und Erneuerung des gesellschaftlichen Wissens hinderlich. Zu einer in der Tiefe und nicht nur in einzelnen Spitzen innovationsfähigen Gesellschaft passen weder der „Turbo-Arbeitsmarkt“ noch ein Beschäftigungssystem nach dem Ideal des Beamtentums. Unser Leitbild ist eine einigermaßen egalitäre und für alle ein Erwerbsleben lang durchzuhaltende Verteilung von Chancen, Risiken und Zumutungen der Veränderung, die Anreize zu Leistung und Aufstieg bietet.
3. Erzwungene Mobilität, insbesondere nach langer Betriebszugehörigkeit, birgt weitaus größere Arbeitslosigkeitsrisiken als freiwillige. Ein wachsender Teil des Arbeitslosigkeitsvolumens ist auf Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen, die wiederum teils eine Form des Vorruhestandes (vgl. „Alternde Gesellschaft“) und teils Folge des Misslingens von Mobilität nach Arbeitsplatzverlust ist. Durch einen Ausbau präventiver arbeitsmarktpolitischer Förderung könnten die Risiken und Schrecken beruflicher Mobilität gemildert und die Chancen für eine erfolgreiche Bewältigung struktureller Umbrüche erhöht werden.

11. Form- und Funktionswandel des Staates (Heiderose Kilper)

In den Diskursen über die Herausbildung einer Weltökonomie mit ihren zunehmend liberalisierten und vereinheitlichen Märkten wird dem Nationalstaat gemeinhin ein Souveränitätsverlust attestiert. Mit dem Begriff der „Entbettung“ wird die Herauslösung der Ökonomie aus gesellschaftlichen und sozialräumlichen Bindungen bzw. deren Verselbstständigung gegenüber Gesellschaft und politischem Institutionensystem postuliert. Als worst case-Szenario wird die Rückwirkung international vagabundierender Finanz- und Kapitalströme als Sachzwang gegenüber den Nationalstaaten und deren sozialpolitischen und demokratischen Regulierungen gezeichnet. Im Zusammenhang mit dem europäischen Integrationsprozess wird die Vorstellung vertreten, es würden schrittweise nationalstaatliche Aufgaben und Befugnisse auf die supranationale Ebene übertragen und die Mitgliedstaaten der EU hätten zunehmend und in einem hierarchischen Verständnis nunmehr zentrale Politikkonzeptionen und -vorgaben der EU zu befolgen.

In diesen Einschätzungen mischen sich zutreffende Beobachtungen aktueller Entwicklungstrends mit überzeichneten Krisenbefürchtungen. Als zutreffende Trends und Problemlagen gelten

1. Steuerungsprobleme im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft, der Internationalisierung von Politik sowie der funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft;
2. Ressourcenprobleme im Zusammenhang mit der Strukturkrise des Wohlfahrtsstaates;
3. Legitimationsprobleme im Zusammenhang mit der Europäisierung von Politik wie auch im Zusammenhang mit den etablierten Strukturen der repräsentativen Demokratie.

Ausgehend von diesen Trends lässt sich seit geraumer Zeit aber ein Form- und Funktionswandel staatlicher Politik beobachten. Zum einen bilden sich Verhandlungssysteme zwischen staatlichen und gesell-

schaftlichen Akteuren heraus. Diese wirken teilweise als Ergänzungen zu, teilweise an Stelle von einseitigen, hoheitlich-hierarchischen Anordnungen. Zum anderen werden staatlicher Politik neue Funktionen wie Orientierung, Organisation und Vermittlung gegenüber denjenigen zugeschrieben, die an kooperativen Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung beteiligt sind. Diese Prozesse vollziehen sich sowohl im innerstaatlichen Bereich wie auch im europäischen Integrationsprozess.

Letzterer entwickelt sich immer mehr hin zu einem Prozess der „intergouvernementalen Integration“. Gemeint ist damit, dass europäische Politik das Resultat einer komplexen Interaktion ist: Einerseits werden auf EU-Ebene Anregungen aus den Mitgliedstaaten aufgenommen, und andererseits immer wieder Anstöße für neue Politikformen und -inhalte gegeben. Diese erfahren dann in den Mitgliedstaaten ihre jeweilige konkrete und spezifische Ausgestaltung, was wiederum auf die europäische Politik zurückwirkt.

Bisher hat sich das IAT in der Beschäftigung mit Regionalisierung als staatlicher Modernisierungsstrategie wie auch in der Diskussion über den „aktivierenden Staat“ mit Aspekten dieses Form- und Funktionswandels von staatlicher Politik befasst. Exemplarisch wird im Folgenden der erste Arbeitsschwerpunkt näher skizziert.

Die Kernthese lautet, dass Regionalisierung Politik qualitativ verändert, weil sie mehr beinhaltet als den Neuzuschnitt von Kompetenzräumen und mehr als eine Machtverlagerung zwischen den Ebenen des Staates. Regionale Politik unterscheidet sich von traditionellen Formen der Staatstätigkeit und von Dezentralisierung in struktureller, prozeduraler und inhaltlicher Hinsicht:

- Die in Regionalisierungsprozessen entstehenden Politikstrukturen zeichnen sich durch einen geringen Grad an Formalisierung und Hierarchisierung aus. Regionale Organisationseinheiten sind meist klein

und dienen primär der Steuerung und Unterstützung von Kooperationsprozessen (strukturelle Dimension).

- Regionale Politik besteht im Kern aus Kommunikations- und Kooperationsprozessen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren. Entscheidungen werden vorrangig auf der Basis von Diskurs- und Verhandlungsprozessen getroffen (prozessuale Dimension).
- Regionale Politik konzentriert sich inhaltlich auf Entwicklungssteuerung durch die staatliche Wahrnehmung von Planungs-, Koordinierungs- und Moderationsaufgaben (inhaltliche Dimension).

Durch seine konzeptionellen wie empirischen Arbeiten über

- Regionalisierung als eine neue Form von Politik und damit als Beitrag zur Modernisierung des Staates;
- Produktionscluster als integrierte Betrachtung der internen und externen Verflechtungen einer Region;
- neue Aufgaben und Funktionen einer regionalen Industrie- und Wirtschaftspolitik im sektoralen und organisationalen Strukturwandel wie in der zwischenbetrieblichen Organisationsentwicklung,

hat das IAT den Diskurs über Globalisierung, Internationalisierung und staatliche Modernisierung aufgegriffen und weiterentwickelt. Künftig stehen folgende Fragen zur weiteren Bearbeitung an:

1. Welchen Beitrag kann staatliche Industrie- und Regionalpolitik zur Gestaltung innovativer Räume leisten, die einerseits zur Profilierung und Spezialisierung intern vernetzter Wirtschaftsstrukturen und -funktionen führen und andererseits zu deren Stabilisierung und Expansion? Welche Verfahren und Instrumente sind dafür geeignet?
2. Welche staatlichen Handlungsstrategien sind vorstellbar und welche Instrumente sind notwendig, um lernförderliche Arbeitssysteme im innerbetrieblichen Bereich zu fördern, damit „lebenslanges Lernen“ überhaupt möglich wird?